

Aufstand Togo

„Nach 50 Jahren Herrschaft des Familienclans Ngassingbé und seiner Entourage hat die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Togos die Nase voll. Solange ich lebe, kenne ich nur den Vater Eyadéma, der 1967 durch einen Militärputsch die Staatsführung an sich riss, und ab 2005 seinen Sohn Faure Ngassingbé, als Präsidenten. Seit dem 19. August 2017 gehen jede Woche mehrere Hunderttausende in allen größeren Städten Togos auf die Straße und fordern "Faure hau ab!" Nach den scheinbaren Demokratisierungsschritten der letzten Jahre zeigt das Regime jetzt sein wahres Gesicht: Demonstrationen werden mit Tränengasgeschossen angegriffen, aber auch mit scharfer Munition. Bisher gibt es über 20 Tote, hunderte Verletzte und eine unbekannte Zahl von willkürlichen Verhaftungen. Du musst damit rechnen, dass Militärs in dein Haus einbrechen, alles kurz und klein schlagen, dich verprügeln oder in ein Militärcamp verschleppen, wo du gefoltert wirst. Alle wollen einfach nur diesen Ngassingbé-Clan loswerden; Togo soll eine Demokratie sein und keine Monarchie! Schluss mit Willkür und Gewalt gegen die eigene Bevölkerung. Außerdem sollen bestimmte Verfassungsartikel, die 1992 nach einem großen Aufstand durchgesetzt wurden, wieder in Kraft treten. An erster Stelle, dass ein Präsident nur zwei Amtszeiten regieren darf. Uns macht Hoffnung, dass der Aufstand im Unterschied zu ähnlichen Protestwellen in der Vergangenheit von den verschiedensten Bevölkerungsteilen und Ethnien in ganz Togo getragen wird, und nicht wie sonst, hauptsächlich nur von den Menschen im Süden. Es besteht die Gefahr, dass das Regime die Massenmobilisierungen mit Gewalt und falscher Propaganda aussitzt. Deshalb rufen wir Togoer_innen in der Diaspora dazu auf, den Aufstand von hier aus zu unterstützen. Wir wollen das Regime unter Druck setzen, indem wir eine breitere Öffentlichkeit über die Auseinandersetzungen in Togo informieren und die europäischen Regierungen auffordern, ihre Zusammenarbeit mit der togoischen Regierung zu stoppen. Außerdem sammeln wir Geld zur Unterstützung der Organisation „Front citoyen Togo debuté“, die Opfer der Militärgewalt medizinisch versorgt (► vgl. S. 4), was wir sehr wichtig finden für die Aufrechterhaltung der Widerstandsmoral.“

A. B. De Saba ist bei Afrique-Europe-Interact aktiv.

Afrique-Europe-Interact arbeitet zu 100 Prozent ehrenamtlich. Der größte Teil unserer Spenden fließt in die Aktivitäten unserer Mitstreiter_innen in Mali, Burkina Faso, Guinea, Togo und Marokko. Unser Spenden-Motto lautet: Umverteilung praktisch angehen!
→ Seite 4



Kontrollposten in Burkina Faso auf der Strecke Richtung Niger (2017). Migrant_innen werden aussortiert und müssen einen willkürlichen Wegezoll bezahlen. [Foto: Foto: Richard Djif]

EU verlagert Grenze in die Wüste

Wie das "Alarmphone Sahara" Migrant_innen praktisch unterstützen möchte

8. Februar 2017, Busbahnhof in Ouagadougou, Hauptstadt von Burkina Faso: Nichts geht mehr, der gesamte Fernverkehr in dem westafrikanischen Land ist zum Erliegen gekommen, niemand kann der 11-köpfigen Recherchegruppe von Afrique-Europe-Interact sagen, wann die Busse wieder fahren. Was wie ein ganz gewöhnlicher Arbeitskampf aussieht, hat freilich eine globale Dimension: Nicht die Busfahrer streiken, sondern die Unternehmen. Ihre Aktion richtet sich gegen die zahlreichen Kontrollposten, die die Regierung auf Betreiben der EU entlang der wichtigsten Nationalstraßen neu eingerichtet hat.

Ziel dieser Maßnahme ist es, möglichst viele Migrant_innen auf ihrem Weg Richtung Norden aufzuhalten. Hierfür müssen sich alle Fahrgäste ausweisen. Wer aus dem Ausland kommt, jung ist oder kein konkretes Reiseziel innerhalb Burkina Fasos hat, muss an jedem der Checkpoints eine Art Wegezoll von 5 bis 15 Euro entrichten. Ganz ähnlich an der Grenze zum Niger: Immer wieder wird dort Migrant_innen die Einreise verweigert, auch solchen aus Ländern der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS, was einen handfesten Verstoß gegen das bereits 1979 ratifizierte Abkommen zur Reise- und Aufenthaltsfreiheit innerhalb der Ecowas-Zone darstellt. Doch auch die übrigen Business_innen sind betroffen: Einerseits, weil die Polizei wegen angeblich mangelhafter Ausweispapiere willkürliche Strafzahlungen verlangt, eine in diesem Ausmaß bislang kaum bekannte Praxis, die vor allem für Kleinhändler_innen und Wanderarbeiter_innen zu empfindlichen Verdiensteinbußen führt. Andererseits, weil es auf den betroffenen Strecken ständig zu stundenlangen Verspätungen kommt. Kurzum: Der von der EU immer rücksichtsloser geführte Kampf gegen die so genannte irre-

guläre Migration trägt mittlerweile mitten in Westafrika zu einer ernsthaften Beeinträchtigung des Wirtschaftslebens bei. Denn der freie Verkehr von Waren und Personen ist keineswegs nur für die EU ein hohes Gut.

Noch zugespitzter ist die Lage im Niger selbst, Haupttransitland für Migrant_innen aus West- und Zentralafrika: Bereits 140 Millionen Euro hat die nigrische Regierung zur Grenzsicherung von der EU erhalten. Über 600 Millionen Euro sollen es bis 2020 werden, auch für allgemeine Infrastrukturprojekte (bei einem Staatshaushalt von jährlich gerade mal 2,2 Milliarden Euro). Im Gegenzug gehen die Sicherheitskräfte massiv gegen Migrant_innen vor. Grundlage ist ein bereits 2015 beschlossenes Gesetz gegen den sogenannten Menschenhandel, das hohe Freiheits- und Geldstrafen insbesondere für den Transport von Migrant_innen vorsieht. Dutzende Chauffeure sitzen im Knast, die meisten ohne Anklage, hunderte Autos wurden konfisziert, tausende Migrant_innen mussten in der Sahara umkehren, in aller Regel nach Agadez, dem Ausgangspunkt für die Wüstenpassage Richtung Algerien oder Libyen. Wirtschaftlich führt das zu ähnlichen Schäden wie in Burkina Faso, nicht zuletzt für jene Busunternehmer_innen, Vermieter_innen, Kleinhändler_innen oder Garküchenbetreiber_innen, die hauptsächlich von der Transitmigration leben. Viele waren früher im Tourismus tätig, der allerdings vor rund 10 Jahren durch die Ausbreitung terroristischer Gruppen im gesamten Sahelraum kollabiert ist. Ebenfalls dramatisch ist die Zerstörung des historischen Erbes:

Seit dem 8. Jahrhundert hat sich zwischen Nord- und Subsahara-Afrika ein intensiver Karawanen-Handel entwickelt. Wüstenstädte wie Agadez, Gao oder Timbuktu waren Schmelztiegel unterschiedlicher kultureller, ökonomischer und sprachlicher Einflüsse. All dies steht heute auf der Kippe: Die Wüste wird immer stärker militarisiert, ja einem neokolonialen und zutiefst zynischen Kontrollregime unterworfen. So hat die nigrische Armee mit logistischer und finanzieller Unterstützung der EU die lebenswichtigen Brunnen auf den jahrhundertealten Transsahararouten besetzt.

Konsequenz ist, dass die Chauffeure der Migrant_innenkonvois auf abgelegenes, zum Teil vermintes Gelände ausweichen

EU-Migrationspolitik trägt zur ökonomischen Destabilisierung in Westafrika bei.

müssen, etwa durch die Große Sandwüste von Bilma, die bis heute als extrem schwer passierbar gilt. Kommt es hier zu Unfällen, ist Hilfe nur schwer zu organisieren. Ebenfalls gefährlich sind Verfolgungsjagden mit Sicherheitskräften, auch unter Einsatz von Schusswaffen, die teils zu schweren Unfällen führen, teils dazu, dass einzelne Chauffeure größere Migrant_innengruppen panikartig mitten in der Wüste aussetzen. Es dürfte also kaum überraschen, dass die Zahl der Toten in der Wüste buchstäblich explodiert ist. Nicht nur Migrant_innen, sondern auch Akteure wie die UN oder IOM (International Organisation of Migration) glauben, dass dort inzwischen ähnlich viele Menschen sterben wie im Mittelmeer - auch wenn es sich bislang lediglich um grobe Schätzungen handelt.

Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact zusammen mit anderen

Organisationen aus Marokko, Niger, Mali, Burkina Faso und Togo die Initiative zum Aufbau eines "Alarmphone Sahara" ergriffen - inspiriert durch das ebenfalls von Afrique-Europe-Interact mitgegründete Watch The Med Alarmphone, einer Notrufnummer für Geflüchtete in Seenot, die seit Oktober 2014 von über 1840 Booten kontaktiert wurde. Vor allem drei Dinge sind geplant: Erstens möchten wir durch Öffentlichkeitsarbeit verhindern, dass sich die Wüste immer stärker zu einem rechtsfreien Raum verwandelt. Entsprechend haben wir Aktivist_innen des Alarmphone Sahara bereits mehrere Recherchereisen unternommen, zuletzt bis an die libysche und algerische Grenze. Zweitens möchten wir Migrant_innen aktuelle und unabhängige Informationen zur Verfügung stellen. Denn viele sind schlicht deshalb der erpresserischen Willkür durch Polizisten, Soldaten oder Schlepper ausgesetzt, weil sie nicht über korrekte Informationen verfügen - auch was ihre eigenen Rechte betrifft. Dafür sollen mehrsprachige Videos produziert und über soziale Medien verbreitet werden. Zudem ist geplant, Flyer an den großen Busbahnhöfen in den wichtigsten Transitländern zu verteilen, vielleicht auch ein Infotelefon einzurichten. Drittens möchten wir prüfen, inwieweit es möglich ist, bei - per Satellitentelefon gemeldeten - Notfällen in der nigrischen Wüste eine zivilgesellschaftlich getragene Rettungskette mit Autos aufzubauen. Ob dies wirklich gelingen kann, ist noch offen, zumal es auch eine erhebliche finanzielle Herausforderung wäre, aber wir gehen der Frage ernstlich auf den Grund.

Zurück nach Burkina Faso: Der Busstreik hat letztlich nur 24 Stunden gedauert, danach wurden zahlreiche Kontrollpunkte abgebaut - und zwar bis heute. Dies zeigt, dass dem immensen Druck der EU durchaus erfolgreich Paroli geboten werden kann.

«DA SAGO SOU»

Kämpfe um Wohnraum in Burkina Faso

Bereits zum vierten Mal hat im Oktober 2017 in Bobo Dioulasso, der zweitgrößten Stadt Burkina Fasos, die von Afrique-Europe-Interact politisch und finanziell unterstützte "Nuit de la parole libre" stattgefunden – die Nacht der freien Rede, oder in der einheimischen Sprache "Dioula": DA SAGO SOU. Die DA SAGO SOU bietet politisch engagierten Musiker_innen und Künstler_innen eine Bühne, und ist gleichzeitig ein offenes Bürger_innenforum, wo die Menschen öffentlich das Wort ergreifen und berichten können, was ihnen beim alltäglichen Existenzkampf auf den Nägeln brennt. Ein Hauptfokus ist dabei der Kampf für das Recht auf Wohnen, insbesondere für Bewohner_innen der sogenannten "Zones non lotis", worunter prekäre Wohnviertel ohne reguläre Land- und Hausbesitztitel zu verstehen sind.

Organisiert wird die DA SAGO SOU von zivilgesellschaftlichen Aktivist_innen, die im Oktober 2014 am burkinischen Volksaufstand beteiligt waren, der das autokratische Blaise Compaoré-Regime nach 27 Jahren zu Fall brachte. Bobo Dioulasso war damals neben der Hauptstadt Ouagadougou eines der Zentren des Geschehens. Entsprechend ist die letzte DA SAGO SOU keineswegs zufällig zum 3. Jahrestag der Revolution über die Bühne gegangen. Denn in diesem Kontext stellt sich für viele Menschen in Burkina Faso die Frage, was seitdem erreicht wurde, ging es doch beim Sturz der Compaoré-Diktatur um mehr als die bloße Verankerung politischer Demokratie. Die Proteste richteten sich vielmehr auch gegen die von Straflosigkeit gedeckten Wirtschaftsverbrechen, gegen politische Morde, gegen strukturell tief verankerte Korruption und Misswirtschaft, gegen das teure Leben und gegen vieles mehr.

Ernüchterung nach Revolution

Hierzu passt, dass Yssoufou Niamba, alias La Fouine – Basis-Aktivist aus Bobo Dioulasso und Mitorganisator der DA SAGO SOU – in einem Positionspapier für Afrique-Europe-Interact eine ausgesprochen nüchterne Bilanz des seit 2014 Erreichten zieht: "Frauen und Jugendliche werden von den politischen Entscheidungsträgern ausgegrenzt, obwohl sie die Mehrheit der Bevölkerung ausmachen. Das Niveau politischer Bildung in der Bevölkerung ist größtenteils sehr niedrig. Die Bevölkerung sieht passiv mit an, wie sich die Straflosigkeit wieder breit macht, die einer der wesentlichen Gründe für den Aufstand war. Das Land ist von einer multiplen Krise gebeutelt, wirtschaftlich, sozial und was die Sicherheit betrifft." Ja, und dabei ist die Wohnraumproblematik – wie bei

der DA SAGO SOU einmal mehr deutlich wurde – einer der drängendsten, ungelösten sozialen Konflikte im postrevolutionären Burkina Faso. Auch hierauf geht Yssoufou Niamba in seinem Papier näher ein: "In den 27 Jahren unter Blaise Compaoré wurde der Zugang zu Wohnraum – ein anerkanntes universelles Menschenrecht – zu einer Quelle der unlauteren Bereicherung für viele Bürgermeister und deren Handlanger an der Spitze städtischer und ländlicher Kommunen. Folglich können Generationen von Burkinabè nur davon träumen, einen sicheren Platz zum Wohnen zu haben, mit ihrem oft unter der Armutsgrenze liegenden Einkommen. Die DA SAGO SOU-Foren, die es den Betroffenen ermöglicht haben, ihre Stimme zu erheben, oftmals gestützt auf handfeste Beweise, haben insofern vor allem eines zum Ausdruck gebracht: Die schlechte Politik bezüglich Grund und Boden, die vom Blaise Compaoré-System stammt, heute aber fortbesteht, hat Tür und Tor für vielerlei missbräuchliche Praktiken gewählter kommunaler Verantwortungsträger_innen geöffnet – sei es Untreue, Betrug und Korruption, oder die Verletzung des Rechts auf Wohnen durch rechtswidrige Akte wie Vertreibung, Gefängnis und Repression."

Süd-Nord-Brückenschläge

Das Projekt DA SAGO SOU steht also für Empowerment und Demokratisierung von unten, für Aneignung des öffentlichen Raumes, für politischen Diskurs und gesellschaftliche Emanzipation. Und es steht dafür, dass sich die Zivilgesellschaft im "Land der aufrechten Menschen" – so die offizielle Übersetzung des Landesnamens von Burkina Faso – nach dem Sturz des Blaise Compaoré-Regimes nicht mehr auf die Zuschauer_innentribüne des politischen Geschehens verbannen lässt, sondern die Bevölkerung ermutigt, selbst zu Akteur_innen zu werden, die ihre Belange selbst in die Hand nehmen und außerhalb von Regierung und Parlament aktiv Einfluss ausüben. Für die nahe Zukunft planen die Initiator_innen der DA SAGO SOU eine Sammelklage von Betroffenen gegen ehemalige politische Funktionsträger_innen. Außerdem streben sie an, die Dynamik der DA SAGO SOU auf andere Regionen Burkina Fasos und Afrikas auszuweiten. Dafür steht unter anderem ein regionales Forum mit jungen Menschen aus ganz Burkina Faso auf dem Programm, zu dem auch Verteidiger_innen der Rechte der Bevölkerung aus anderen Ländern Afrikas und Europas eingeladen werden sollen – ein aus Sicht von Afrique-Europe-Interact äußerst interessanter und zukunftsweisender Brückenschlag zu den überall in Europa stattfindenden Auseinandersetzungen rund um Zwangsraumungen und Gentrifizierung.



Soukoutadala (Mali): Einweihung einer Pirogambulanz von Afrique-Europe-Interact, 2017 [Foto: Siaka Traoré]

Krankheit als Fluchtursache

Wie Großinvestitionen Entwicklung von unten verhindern

In der Region Kita im Westen Malis ist Migration bereits seit Jahrzehnten tief im kulturellen und sozialen Gefüge verankert. Meist sind es die älteren Söhne der Familien, die während der 8-monatigen Trockenzeit Arbeit in anderen Landesteilen oder im benachbarten Ausland suchen, vorzugsweise auf Plantagen oder im Bergbausektor. Aber auch Europa spielt – ebenfalls schon lange – eine nicht zu unterschätzende Rolle.

So hat Frankreich im Zweiten Weltkrieg allein in seinen afrikanischen Kolonien rund 1 Millionen Soldaten für die Schlachtfelder Europas zwangsrekrutiert, unter anderem in der Region Kita. In den 1950er und 1960er Jahren folgten Anwerbeprogramme für die französische Automobilindustrie, wobei viele der Arbeitskräfte mit Passagierschiffen von der senegalesischen Hauptstadt Dakar nach Marseille gelangten. Heute hingegen bleibt westafrikanischen Migrant_innen mit dem Reiseziel Europa einzig die lange und gefährliche Passage durch die Wüste und über das Meer. Und das mit der Konsequenz, dass mittlerweile zahlreiche Familien in der Region Kita den Tod von Familienmitgliedern zu beklagen haben. Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact mit einigen dieser Familien im November 2015 Kontakt aufgenommen. Daraus sind mehrere Begegnungen mit Angehörigen verstorbener Migrant_innen hervorgegangen, unter anderem in den beiden Dörfern Balandougou und Koronikoto. Zudem wurden zwei Gedenkemonstrationen in der gleichnamigen Provinzhauptstadt Kita organisiert, nicht zuletzt um die malische Regierung für ihre Gleichgültigkeit zu kritisieren, mit der sie die brutale EU-Abschottungspolitik einfach geschehen lässt, ohne auf internationaler Bühne offensiv für die Rechte ihrer Bürger_innen einzustehen.

Lepra-Erkrankungen

Doch dies ist nur die eine Seite der Medaille. Wann immer Migration zur Sprache kommt, stehen auch Entwicklungsfragen zur Debatte, ganz gleich ob es um Wasser, Land, Bildung, Elektrizität oder Straßen geht, kurz: um soziale Infrastruktur. Besonders aufgeladen sind dabei Gesundheitsfragen. Und das dürfte in einem Land wie Mali kaum verwundern, in dem die durchschnittliche Lebenserwartung vor allem deshalb rund 30 Jahre niedriger als in Deutschland ausfällt, weil in ländlichen Regionen – jenseits naturheilkundlicher Verfahren – weder medizinische Infrastruktur noch irgendeine Form von sozialer Wohlfahrt existiert. Was

das im Ernstfall bedeutet, berichtete im Februar 2016 eine verwitwete Mutter bei einem Treffen mit Afrique-Europe-Interact: Ihre Hände und Füße waren durch eine Lepraerkrankung völlig deformiert, gleichzeitig ist ihr Sohn auf dem Weg Richtung Europa ums Leben gekommen. Verzweifelt, ja flehentlich fragte sie, wie es nun mit ihr und den jüngeren Kindern weitergehen solle. Umso schockierter waren Aktivist_innen unseres Netzwerks, als sie im Februar 2017 in Soukoutadala – einem Dorf, mit dem Afrique-Europe-Interact schon länger im engen Austausch steht – die Vorsitzende des Frauenkomitees schmerzverzerrt in ihrer Hütte antrafen. Denn auch Badialla Dionssan war an Lepra erkrankt, ihre Hände waren bereits erstarrt, laufen konnte sie kaum noch. Eigentlich kann Lepra gut mit Antibiotika behandelt werden, doch eine erste Behandlung durch einen Arzt in Kita war fehlgeschlagen. Im Anschluss fehlten unserer Mitstreiterin die rund 80 Euro, die nötig gewesen wären, um mit einer ihrer Töchter in die Hauptstadt Bamako zu reisen und dort im nationalen Lepraerbehandlungszentrum kostenlos die richtigen Medikamente zu erhalten. Ein im Rahmen von Afrique-Europe-Interact geschaffener Solidaritätsfonds für Gesundheit hat sodann die anstehenden Behandlungskosten übernommen, wobei die Krankheit bereits so weit fortgeschritten war, dass ein 7-monatiger Krankenhausaufenthalt in Bamako unvermeidbar geworden ist. Heute kann Badialla Dionssan wieder laufen und ihre Hände bewegen – noch nicht schmerzfrei, aber die Ärzt_innen sind optimistisch. Individuell ist das ein großes Glück, grundsätzlich verweist dieser Vorgang jedoch auf die existentiell anmutende Problematik eines weitgehend fehlenden Gesundheitsschutzes für große Teile der Bevölkerung in nahezu allen Ländern (West-)Afrikas. Erwähnt sei in diesem Kontext nur, dass die Behandlung von Badialla Dionssan über 1.500 Euro gekostet hat – und somit ein Vielfaches dessen, was einer kleinbäuerlichen Familie in der Region Kita pro Jahr überhaupt als Bargeld zur Verfügung steht.

Ambulanzpiroge als Empowerment

Im Falle von Soukoutadala kommt erschwerend hinzu, dass das Dorf – zusammen mit zahlreichen weiteren Dörfern und Weilern – während der Regenzeit durch mehrere über die Ufer tretende Seitenarme des Flusses Bafing drei bis vier Monate von der Außenwelt abgeschnitten ist. Im Alltag führt das regelmäßig zu nicht behandelten Erkrankungen, mitunter sogar zu Todesfällen, nicht zuletzt bei Geburtskomplikationen.

Vor diesem Hintergrund hat Afrique-Europe-Interact zwischen Februar und September 2017 den Bau einer motorisierten Ambulanzpiroge finanziert. Mit diesem Schiff wird es zukünftig möglich sein, Kranke, Verletzte oder Gebärende über den an Soukoutadala vorbeifließenden Bafing innerhalb von knapp zwei Stunden bis zum Dorf Sitanikoto an der Nationalstraße 24 zu transportieren – und von dort mit einem Taxi in 15 Minuten bis ins nächste Krankenhaus. Das Holz für die Piroge haben Bewohner_innen aus Soukoutadala kostenlos geschlagen, gebaut wurde das Boot von vier Fischern, die bei Afrique-Europe-Interact aktiv sind. Aktivist_innen aus Bamako waren für den Kauf des Motors und weiterer Baumaterialien verantwortlich.

Marshallplan und Compact

Zurück zur Migrationsfrage in der Region Kita: Die anhand der Gesundheitsversorgung lediglich angedeuteten Infrastruktur-Verhältnisse in einem ganz normalen malischen Dorf zeigen, wie unangemessen, ja kontraproduktiv die derzeit in Deutschland diskutierten Konzepte zur "Fluchtursachenbekämpfung" sind – etwa die vom Ministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegten „Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika“ oder der beim G20-Gipfel in Hamburg maßgeblich diskutierte "Compact with Africa" aus dem Bundesfinanzministerium. Denn sämtliche dieser Konzepte beabsichtigen im Kern, die Rahmenbedingungen für Privatinvestitionen aus den reichen Industrieländern zu verbessern. Und das, obwohl unzählige Beispiele in den letzten Jahrzehnten deutlich gemacht haben, dass Großinvestitionen in erster Linie den westlichen Unternehmen und somit auch dem globalen Norden nutzen (ob durch neue Absatzmärkte oder billige Rohstoffe), in Afrika indessen zu massenhaften Vertreibungen, zu vielfältigen Umweltschäden und zur Zerstörung lokaler Ökonomien führen. Demgegenüber wäre es nötig, kleinbäuerliche Haushalte, kleine und mittlere Betriebe sowie die lokale Infrastruktur systematisch zu stärken. Denn nur so lassen sich selbstbestimmte, durch die lokale Bevölkerung initiierte und getragene Entwicklungsprozesse anstoßen. Gleichzeitig verbindet Afrique-Europe-Interact mit Empowerment- bzw. Selbsthilfe-Projekten wie der Ambulanzpiroge das Ziel, die lokale Bevölkerung darin zu unterstützen, ihre Stimme nicht nur gegen globale Ungleichheit, sondern auch gegen Korruption, Klientelismus und Misswirtschaft in der Hauptstadt Bamako zu erheben.

Die letzten Jahrzehnte zeigen, dass Großinvestitionen häufig zu Umweltschäden und zur Zerstörung sozialer und ökonomischer Infrastruktur geführt haben.



Kita (Mali): Kundgebung vor Büro von Afrique-Europe-Interact, 2017 [Foto: Julia Daiber]

Koloniales Erbe

Zur politischen Marginalisierung Afrikas

Afrique-Europe-Interact kann sich über mangelnden Zuspruch seitens der kritischen Öffentlichkeit nicht beklagen. Gleichwohl ist in der alltäglichen Arbeit so etwas wie eine gläserne Decke deutlich spürbar: Die von unserem Netzwerk aufgebaute Kooperation zwischen afrikanischen und europäischen Basisinitiativen wird zwar gutgeheißen – insbesondere der Versuch, südliche Perspektiven bzw. Positionen in Europa stärker zur Geltung zu bringen. Doch praktisch sich einbringen wollen nur den wenigsten, vor allem wenn es darum geht, zusammen mit Organisationen aus afrikanischen Ländern politischen Druck aufzubauen – ob hierzulande oder in Afrika.

Stattdessen wird die konkrete Auseinandersetzung mit afrikanisch-europäischen Fragestellungen – und somit der Nord-Süd-Problematik als ganzer – meist an NGO, Kirchen oder spezialisierte (Expert_innen-)Netzwerke delegiert. Drei aktuelle Beispiele mögen das illustrieren: Während für die Proteste gegen das neoliberale Freihandelsabkommen TTIP Hunderttausende mobilisiert werden konnten, hat sich in den vergangenen Jahren kein einziges Mal ein breites gesellschaftliches Bündnis formiert, das öffentlichkeitswirksam gegen die desaströsen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen Europa und Afrika Stellung bezogen hätte – besser bekannt als EPA-Verträge (Economic Partnership Agreements). Ähnlich bei der weiterhin äußerst zugespitzten Hungerkatastrophe in Ostafrika: Obwohl seit Monaten regelmäßig Spendenaufrufe und Hintergrundberichte in den Medien zirkulieren, sind die erforderlichen Nothilfegelder bislang nicht zusammengekommen. Dabei scheinen die zahlreichen Hinweise auf den akut drohenden Hungertod zehntausender Menschen selbst in großen Teilen der gesellschaftlichen Linken zu verpuffen – von einer etwas breiter geführten Debatte über die strukturellen Hintergründe des Hungers ganz zu schweigen. Und gleiches gilt auch für Togo: Obwohl Sicherheitskräfte des westafrikanischen Landes brutal auf die derzeitigen Massenproteste gegen die seit 50 Jahren währende Familiendiktatur des Eyadéma-Clans reagieren, zeigt sich in Europa fast ausschließlich die togolesische Diaspora solidarisch. Kein Wunder also, dass die deutsche Bun-

desregierung auf der Webseite des Auswärtigen Amtes weiterhin "den Demokratisierungs-, Versöhnungs- und Reformprozess in Togo" lobt, nachdem bereits Ende 2012 die deutsche Entwicklungszusammenarbeit nach fast 20-jähriger Suspendierung wieder aufgenommen wurde.

Dekolonisierung tut Not

Vieles spricht dafür, dass diese oftmals in Händen greifbare Distanz ein Erbe des Kolonialismus ist. Und zwar ungeachtet dessen, dass der auf Afrika gemünzte öffentliche Diskurs in den letzten Jahren deutlich kritischer und differenzierter geworden ist – auch, weil sich die Beschäftigung mit Kolonialismus und rassistischen Kontinuitäten intensiviert hat. Doch kritisches Denken und praktisches Handeln sind offenkundig nicht das gleiche, zumal die bisweilen apokalyptisch anmutenden Lebensverhältnisse im Süden des Globus die Menschen in den reichen Industrieländern schon seit den 1990er Jahren nicht mehr auf die Straße treiben. Wenn überhaupt, sind es nur noch Einzelpersonlichkeiten wie der ehemalige UN-Sondergesandte für das Recht auf Nahrung, Jean Ziegler, der mit der angebrachten Verve Klartext redet, etwa wenn er den Umstand geißelt, dass jedes verhungerte Kind ein ermordetes Kind sei.

Im Falle von Afrika kommt noch erschwerend hinzu, dass die mediale Berichterstattung marginal und zudem auf einige wenige Länder beschränkt ist. So berichtet der Medienwissenschaftler Lutz Mücke in einer Studie, dass knapp die Hälfte der Afrika-Redakteur_innen in den führenden Medienhäusern in Deutschland für sämtliche 48 Länder Subsahara-Afrikas zuständig sei. Für Afrique-Europe-Interact ist das der Grund, weshalb wir eine Dekolonisierung nicht nur des Denkens, sondern auch der politischen Praxis anstreben. Denn der allenthalben fehlende intellektuelle, politische und persönliche Bezug zu Akteur_innen in bzw. aus Afrika dürfte eine der entscheidenden Voraussetzungen dafür sein, dass westliche Unternehmen und Regierungen vergleichsweise geräuschlos die tief im Kolonialismus verankerten Dominanz- und Ausbeutungsverhältnisse in Afrika aufrechterhalten können – meist in enger Abstimmung mit afrikanischen Regierungseliten.



Kourouma (Mali): Protestkundgebung der bäuerlichen Basisgewerkschaft COPON (Mitglied bei Afrique-Europe-Interact), 2017 [Foto: Dorette Führer]

Wachstum als Sackgasse

Gespräch mit Victor Nzuzi zu selbstbestimmter Entwicklung

Victor Nzuzi hat Anfang Oktober als Referent an der Konferenz "Selbstbestimmt und solidarisch" in Leipzig teilgenommen (vgl. Kasten). Er ist Kleinbauer und einer der bekanntesten Globalisierungskritiker_innen in der Demokratischen Republik Kongo. 2010 war er an der Gründung von Afrique-Europe-Interact beteiligt.

Victor, was verstehst du unter selbstbestimmter Entwicklung in einem Land wie der Demokratischen Republik Kongo?

Es müsste ein Minimum an stabilem und gutem Leben geben, damit die Menschen das soziale und kulturelle Leben auch in ihrem Sinne entwickeln und erhalten können. Das betrifft grundlegende Bereiche wie Gesundheit, Ernährung, Bildung oder Arbeit. Aber tatsächlich sehen wir das Gegenteil von Entwicklung. In den letzten Jahrzehnten ist die Armut ständig angewachsen und die Jungen wandern immer stärker in die großen Städte ab oder gehen gleich in die Migration.

Was bedeutet Armut ganz konkret?

Ich möchte ein Beispiel aus der Gesundheitsversorgung geben. Bei uns können Frauen, die eine Kaiserschnittgeburt hatten, oft die hohen Kosten von 100 Dollar nicht selber tragen. Sie werden dann so lange im Krankenhaus festgehalten, bis ihre Verwandten das Geld zusammen haben. Das Krankenhaus wird also zum Gefängnis, sie müssen dort bleiben, ihre Verwandten müssen sie ernähren und wenn sie abhauen, werden sie von der Gendarmerie zurückgebracht. Oder guckt euch mein Dorf an: 1923 während der Kolonialzeit wurden die Flächen in meiner Region von einem belgischen Agroindustriellen namens Jules van Lanke geraubt. Die Unabhängigkeit 1960 hat daran nichts geändert, auch wenn der neue Besitzer seit 50 Jahren SOGENAC heißt. Sie bearbeiten 50.000 Hektar mit 50.000 Rindern und 5.000 Zuchtschweinen. Zwischen 18.30 Uhr abends und 5.30 Uhr morgens herrscht zwischen den ca. 100 betroffenen Dörfern eine Ausgangssperre, weil SOGENAC Angst vor nächtlichen Diebstählen hat. Außerdem ist es verboten, Felder weniger als 100 Meter entfernt von ihren Zäunen zu bestellen oder auf dem Gebiet zu jagen und zu fischen.

Welche Rolle spielt der Klimawandel?

Die Erträge fallen häufig um 60 Prozent geringer als üblich aus. Das liegt unter anderem daran, dass es kürzer und heftiger regnet, außerdem gibt es neuerdings Insektenplagen. Hiergegen könnten die Pflanzen aus unserem traditionellen Saatgut widerstehen. Aber wir sind verpflichtet, neue Sorten aus inter-

nationalen Saatgut-Katalogen zu verwenden und können nicht auf unser ursprüngliches Saatgut zurückgreifen. Die Jungen verwenden lieber dieses neue Saatgut, weil es in kurzer Zeit größere Mengen produziert, allerdings nur mit teurem, chemischem Dünger und mit Pestiziden. Sie hören nicht mehr auf uns Alte und halten die neuen Anbauarten für modern.

Wie kommt es zu diesem Gegensatz zwischen den Jungen und den Alten?

Mit der verstärkten Armut hat viele Ältere in den Dörfern der Mut verlassen. Auf der anderen Seite sagen die Jungen, die von ihren Eltern Unterstützung erwarten: Wenn ihr keine Lösung für uns habt, müssen wir sie woanders suchen! Aber auch der Druck der Globalisierung ist stark, etwa wenn es um Telefone geht, oder wenn im Fernsehen zur besten Sendezeit stundenlange Werbesendungen über Pestizide in der Landwirtschaft laufen. Auf der Suche nach dem modernen Leben entfernen sich die Jungen dann von unserer afrikanischen Logik des Zusammenhalts.

In deiner Region gibt es das große Inga-Staudamm Projekt, das von der Weltbank unterstützt wird. Wie siehst du dieses Großprojekt, auch mit Blick darauf, dass die G20-Länder die Entwicklung in Afrika mit Großinvestitionen nach vorne bringen wollen?

Das Staudammssystem Inga soll Schritt für Schritt zum größten Stromerzeuger Afrikas mit einer Kapazität von 40.000 Megawatt werden – das wären ca. 29 Atomkraftwerke. Aber das trägt in keinsten Weise zur Entwicklung der Bevölkerung bei. Insgesamt haben nur 10 Prozent der Menschen im Kongo Zugang zu Elektrizität, denn der Strom aus dem Staudamm geht ausschließlich in die Minengebiete Katangas oder nach Südafrika. Die Stromleitungen auf den hohen Masten kommen uns wie Vögel vor, die über uns hinwegfliegen. Was die lokale Bevölkerung davon hat, ist Landraub, der sich mit Inga III noch massiv verschärfen dürfte. Außerdem sind der kongoleischen Regierung bereits durch Inga I und II 12 Milliarden Dollar Schulden entstanden.

Was wären aus deiner Sicht sinnvolle Schritte hin zu einer Entwicklung im Interesse aller Menschen?

Es müsste viel eher die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützt werden, in der immer noch 70 Prozent der kongoleischen Bevölkerung arbeiten. Denn die Landwirtschaft bietet viele Möglichkeiten. So haben die proteinreichen Soja- und Erdnuss-Kulturen im Kongo sehr hohe Erträge, was auch den vorhandenen Proteinmangel ver-

bessern könnte. Oder landwirtschaftliche Initiativen wie das Papaya-Projekt meines Sohnes, der Landwirtschaft studiert: Es geht darum, Papaya zu produzieren, die schnell wachsen und sehr viel Vitamin A und andere medizinische Wirkstoffe enthalten, besonders gegen Darmwürmer. Diese Initiative soll den Konsum von Vitaminen in der Bevölkerung erhöhen, aber auch Vitamin-A Tabletten ersetzen, die unterernährten Kindern von NGO wie UNICEF gegeben werden. Denn so verdient unsere Jugend etwas und nicht die Pharmaindustrie! Ein alltägliches, sehr pädagogisches Entwicklungsprojekt wäre auch die Aufzucht von Kleintieren wie Hasen oder Meerschweinchen durch Kinder. Denn diese Tierchen sind leicht mit Gräsern zu füttern. Es wäre dann möglich, zweimal im Monat von diesem sehr proteinhaltigen und wohlschmeckenden Fleisch zu essen, und auch könnten die Kinder schon von klein auf lernen, die Ernährung der Familie mitzuzusichern. Diese Methode könnte obendrein helfen, dass die Kinder nicht den Busch abbrennen, nur um Ratten oder Mäuse zu finden, die sie ansonsten zum Verzehr nach Hause bringen.

Und wie müsste sich die allgemeine Infrastruktur entwickeln?

Wir wollen nicht den Ausbau des Inga-Projekts sondern kleine Dämme! Nach einer wissenschaftlichen Studie wäre es mit einem dezentralen Kleinstaudammkonzept möglich, mit nur 8 Milliarden Dollar die ganze Republik Kongo zu elektrifizieren. Oder die Nutzbarmachung unserer Wasserstraßen: 80 Prozent unserer Gewässer wären befahrbar, wenn der Staat sich darum kümmern würde.

Und die Migration?

Ich bin davon überzeugt, dass Migration sehr viel mehr zur Entwicklung beiträgt als Entwicklungshilfe. Denn der Austausch ist eine Quelle ideellen Reichtums, es geht darum, Neues kennenzulernen. Doch Europa will die Afrikaner_innen nicht, sondern Uran aus Niger, Gold aus Mali, Koltan und Holz aus Kongo und es will seine Investoren herschicken. Wie kann man gleichzeitig eine Sache und ihr Gegenteil wollen?

Und was wäre grundsätzlich nötig?

Unser Widerstand fängt im Kleinen in unseren Dörfern an. Die Afrikaner_innen müssen sich gegen das westliche Entwicklungsmodell wehren, das an seine Grenzen gekommen ist. Es reicht, sich die ökologischen Schäden anzuschauen. Dieses Modell, das Entwicklungsfortschritt an Wachstum misst, ist unmoralisch und ohne Sinn.

In vielen afrikanischen Ländern ist der Klimawandel bereits Realität. Umso wichtiger ist die umfassende Unterstützung kleinbäuerlicher Landwirtschaft.

Konferenz in Leipzig

"Selbstbestimmt und solidarisch", so lautete der Titel einer "Konferenz zu Migration, Entwicklung und ökologischer Krise", zu der Afrique-Europe-Interact vom 6. bis 8. Oktober 2017 nach Leipzig eingeladen hatte – zusammen mit weiteren Akteuren wie dem Konzeptwerk Neue Ökonomie (Leipzig), dem Entwicklungspolitischen Netzwerk Sachsen e.V., der NoStress-Tour (Berlin), lokal e.V. (machtkritische Bildung und Beratung, Berlin) und Corasol (Berlin). Obwohl der Herbststurm "Xavier" ausgerechnet an diesem Wochenende große Teile des Bahnverkehrs in Nord- und Ostdeutschland lahm gelegt hatte, waren ca. 700 Menschen der Einladung gefolgt, davon rund ein Drittel mit eigener Flucht- und Migrationserfahrung. Dazu kamen mehrere Gäste aus dem Ausland, unter anderem aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Mali und aus Südafrika. Ziel der Konferenz war es, der von Deutschland seit 2015 massiv forcierten

"Fluchtursachenbekämpfung" mittels Privatinvestitionen ("Marshallplan", "Compact with Africa" etc.) eigene Perspektiven entgegenzusetzen, nicht zuletzt zur Frage, was selbstbestimmte Entwicklung im Zeitalter ökologischer Vielfachkrisen überhaupt bedeuten kann – für die Länder des Südens genauso wie die des Nordens. Insgesamt dürfte die Konferenz nur ein Anfang gewesen sein. Daher sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich auf unseren Webseiten nicht nur die kompletten Videos der großen Podien finden (demnächst auch mit Untertiteln), sondern auch zahlreiche Artikel, Studien und Videos zu den in Leipzig diskutierten Themen. Äußerst bedauerlich war indes, dass es während der Konferenz zu einem rassistischen Polizeigriff gegen zwei Teilnehmer gekommen ist (▶ vgl. S. 4).

▶ www.afrique-europe-interact.net
▶ www.degrowth.de

»Pass! Aufenthaltstitel! Pass!«

Rassistische Polizeigewalt gegen Konferenzteilnehmer in Leipzig

Bei der Konferenz „Selbstbestimmt und solidarisch!“ vom 6. bis 8. Oktober 2017 in Leipzig (vgl. S. 3) wurden zwei der Referenten, die in Deutschland lebenden Kameruner Richard Djif und Rodrigue Pégy Takou Ndie, unerwartet von der Polizei in ihrer Unterkunft angegriffen. Djif und Takou Ndie mussten Kamerun vor vier Jahren aus politischen Gründen verlassen, beide sind bei Afrique-Europe-Interact aktiv.

Was ist in Leipzig passiert?

R.D.: Nach unserem letzten Workshop am Samstag wollten wir nur noch schlafen. Als wir in unserem Nachtquartier – einer Tagesmutterwohnung – schon fast am Einschlafen waren, bemerkte ich Blaulicht. Auf der Straße hielten zwei Polizeiwagen. Auf dem einen stand ein Polizist und leuchtete mit seiner Taschenlampe in unsere Richtung. Da war mir klar, dass sie zu uns wollten. Pégy und ich versicherten einander, dass wir nichts zu befürchten hätten – wir hatten ja Aufenthaltspapiere und die Wohnung war uns zugeteilt worden. Dann sah ich direkt vor unserem Fenster einen Polizisten. Ich zückte mein Handy, um mit dessen Displaylicht auf mich aufmerksam zu machen. Dem Polizisten bedeutete ich per Daumen hoch, dass alles in Ordnung sei. Da klingelte es an der Tür.

Was geschah dann?

R.P.T.N.: Als ich die Tür aufzog, schrie mich ein Polizist an: „Was machen Sie hier? Wer sind Sie?“ Ich antwortete, dass ich wegen einer Konferenz hier sei und die Organisator*innen das per Telefon bestätigen können. Der Polizist verdrehte mir sofort die Finger und rief lautstark „Pass! Aufenthaltstitel! Pass!“. Dann nahm er mich brutal in einen Würgegriff. Ich war total perplex, blieb aber ruhig und fragte: „Warum wenden Sie gleich Gewalt an? Lassen Sie uns doch miteinander reden.“ Er forderte aber nur immer wieder lautstark meinen Pass. Dabei verdrehte er mir so die Arme, dass ich noch am nächsten Tag Schmerzen hatte. Ich sagte ihm, dass mein Pass und Aufenthaltstitel da seien. Dass es aber falsch sei, was er mit mir mache. Er versuchte, sein Knie in meinen Unterleib zu rammen und legte mir auf sehr schmerzhaft Weise Handschellen an. Währenddessen waren seine Kolleg*innen in unser Schlafzimmer gegangen und hatten meine Papiere geholt.

Habt ihr solch ein Verhalten der Polizei erwartet?

R.D.: Ich hatte in Kamerun sehr schlechte Erfahrungen mit der Polizei gemacht, wurde verschleppt und misshandelt. Nach vier Jahren hier in Deutschland hatte ich fast

vergessen, dass solche Gewalt existiert. Natürlich hatte ich Angst vor Rechtsradikalen hier, aber irgendwie nicht vor der Polizei. Deswegen bin ich so schockiert. Ich glaube nicht, dass es zu dieser verbalen und körperlichen Gewalt gekommen wäre, wenn eine weiße Person die Tür geöffnet hätte – nach einmaligem Klingeln und in Unterhose! Das hatte ganz klar etwas mit unserer Hautfarbe zu tun. Das war eine rassistische Kontrolle und rassistische Gewalt. Ich frage mich, was wohl passiert wäre, wenn Pégy nicht so unglaublich ruhig geblieben wäre, wenn er sich laut beschwert oder in Ansätzen gewehrt hätte.

R.P.T.N.: Ich hatte überhaupt keine Bedenken, als ich zur Tür ging. Es ist ja normal, dass die Polizei zu einem in die Wohnung kommen kann. Das kann alle möglichen Gründe haben. Nach dem Einsatz habe ich total gezittert, richtig gebebt. Nicht vor Wut oder Angst, sondern weil ich es einfach nicht fassen konnte. Ich hatte natürlich von anderen Geflüchteten viel vom Verhalten der deutschen Polizei gehört. Aber ich war irgendwie weiterhin davon überzeugt gewesen, dass einem schon nichts geschieht, wenn man besonnen bleibt. Da flieht man vor der Polizei aus seinem Heimatland und erlebt hier wieder Polizei, die ohne Anlass zu Gewalt greift.

Wie geht es Euch jetzt?

R.P.T.N.: In den Wochen danach habe ich jeden Tag an diesen Angriff gedacht. Das wollte nicht aus meinem Kopf raus. Es hat mich so sehr an Kamerun erinnert, alles kam wieder in mir hoch. Auch jetzt ist noch nicht alles wieder ok. Ich habe einfach Angst, wenn ich Polizei sehe. Ich stelle mir immer vor, dass sie mir gleich etwas antun könnten.

R.D.: Ich fühle mich seither wirklich nicht mehr sicher, wenn ich Polizist*innen sehe. Vorher hatte ich natürlich viel von Polizeigewalt gehört, von Oury Jalloh und vielen anderen Geschichten. Aber irgendwie konnte ich mir trotzdem nicht vorstellen, dass sie einfach ohne Anlass gewalttätig werden. Ich kann diese Erfahrung in Leipzig nicht einfach wegschieben. In meiner Therapie habe ich mich danach nur damit beschäftigt.

Was sollte sich denn bei der Polizei verändern?

R.D.: Der Leipziger Polizeipräsident hat ja auf eine Pressemitteilung der Konferenzveranstalter*innen postwendend reagiert und gesagt, dass die Polizei in Leipzig in keiner Weise rassistisch sei. Genau das

ist für mich aber wieder ein Beispiel für rassistisches Verhalten. Er hätte doch einfach sagen können, dass er dazu noch nichts sagen könne, weil er die Vorwürfe gegen sein Einsatzteam erst überprüfen müsse. Das wäre die richtige Reaktion gewesen.

R.P.T.N.: Das ist Polizeisolidarität! Es ist ja völlig in Ordnung gewesen, dass die Polizei auf einen Anruf eines Nachbarn hin bei unserer Unterkunft vorbeischaut, die sonst nur tagsüber von einer Tagesmutter genutzt wird. Wenn ich die Polizei selbst mal brauche, freue ich mich ja auch, wenn sie zur Stelle ist. Aber die Polizei in Leipzig hat bei ihrem Einsatz ganz klar eine Grenze überschritten. Wenn Polizist*innen sich nicht mit ihren Vorurteilen auseinandersetzen und nicht in Ruhe agieren können, dann dürfen sie nicht Polizist*in sein. Sie dürfen keine Unterschiede zwischen Menschen machen.

R.D.: Ich denke auch, dass die Polizei besser geschult werden sollte, wie sie mit Menschen umgeht, die traumatisierende Vorerfahrungen mit Gewalt und auch Gewalt durch Sicherheitskräfte gemacht haben. Gerade viele der Geflüchteten, die aus Kriegsgebieten kommen, haben so viel Schreckliches erlebt und sind entsprechend vorbelastet.

Wie geht es für euch jetzt weiter?

R.D.: Bis jetzt haben wir unsere Erlebnisse in Interviews und Videos geschildert. Für uns ist es wichtig, dass viele Leute davon erfahren und daraus etwas lernen. Deswegen möchten wir uns nun auch an Verhaltenstrainings für Migrant*innen, Geflüchtete und nicht-weiße Menschen in Deutschland beteiligen. Man muss in solchen Situationen unbedingt ruhig bleiben, auch wenn man ungerecht behandelt wird. Selbst wenn die Polizei sich rassistisch verhält. Es gibt viele Fälle, in denen Leute getötet wurden, obwohl sie sich nicht gewehrt haben. Pégy's besonnenes Auftreten hat uns in Leipzig vor dem Schlimmsten bewahrt. Es geht uns darum, wie wir unser Leben schützen können. Oury Jalloh wurde ja beispielsweise einfach umgebracht. Dass wir uns gegenseitig schulen müssen, um uns vor Übergriffen durch die Polizei – und nicht etwa vor Terroristen – zu schützen, ist schon echt absurd.

Richard Djif ist Film- und Theatermacher. Wegen seines satirischen Films über Langzeitdiktatoren („139 – Die letzten Raubtiere“) musste er Kamerun verlassen. Rodrigue Pégy Takou Ndie ist Ökonom und Schriftsteller, in Frankreich hat er u.a. einen Roman zum deutschen Kolonialismus veröffentlicht, im Frühjahr 2018 erscheint beim Unrast-Verlag sein Roman "Die Suchenden" auf deutsch.



Konferenz "Selbstbestimmt und solidarisch" in Leipzig (2017): Alle Workshops fanden dreisprachig (deutsch/englisch/französisch) statt. [Foto: Leon Bischof]



Podium unter dem Titel "Kämpfe von Frauen für selbstbestimmte Entwicklung" – mit Erfahrungen aus verschiedenen Ländern. [Foto: Leon Bischof]



Die Konferenz wurden mit Reden von Boniface Mabanza und Frewyni Habtemariam eröffnet. Rechts: Dora Sandrine Koungoyo Ndedi (Moderatorin). [Foto: Leon Bischof]

ÜBER DAS NETZWERK

Afrique-Europe-Interact (AEI) ist ein kleines, transnational organisiertes Netzwerk, das Ende 2009 gegründet wurde. Beteiligt sind Basisaktivist*innen unter anderem in Mali, Burkina Faso, Togo, Guinea, Tunesien, Marokko, Deutschland, Österreich und den Niederlanden – unter ihnen zahlreiche selbstorganisierte Flüchtlinge, Migrant*innen und Abgeschobene. AEI kritisiert die repressive EU-Migrationspolitik, gleichzeitig sollen die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration und somit die Forderung nach gerechter bzw. selbstbestimmter Entwicklung ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt werden. Grundsätzlich ist AEI gleichermaßen in Afrika und Europa aktiv. Wo es passt, arbeiten wir auch gerne in Bündnissen.

WWW.AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET

TWITTER: @AE_INTERACT

FACEBOOK: AFRIQUE EUROPE INTERACT

MAIL: INFO@AFRIQUE-EUROPE-INTERACT.NET VGL. ZUDEM WEBSEITE

TELEFON: +49 (0) 151 / 525 27 776

TUNESIEN

Am 9. Oktober 2017 wurde ein Boot mit 87 Tunesier*innen auf dem Weg nach Italien durch die tunesische Marine gerammt, mindestens 40 Menschen starben. Das Recht auf Bewegungsfreiheit spielt seitdem in der tunesischen Öffentlichkeit wieder eine größere Rolle, in mehreren Städten kam es zu Demonstrationen gegen die Regierung. Die Zahl der in Italien ankommenden Tunesier*innen hat sich seit 2016 vervierfacht. Zugleich wird die Situation der geflüchteten Tunesier*innen in Deutschland immer prekärer: Ein allgemeiner Islamismus- und Kriminalitätsverdacht gegen Nordafrikaner ist allgegenwärtig, die drohende Abschiebung per Massencharter hat viele bereits in die Illegalisierung getrieben. Wir versuchen daher, die Selbstorganisation der Geflüchteten zu unterstützen. Das Theaterstück "Eldorado Europa" von und mit Riadh Ben Ammar zeigt die Auswirkungen des Grenzregimes auf die tunesische Gesellschaft. Für 2018 ist eine Veranstaltungsrundreise geplant mit dem Titel: "Die Grenze ist das Problem".

Kontakt:
theaterfuerbewegungsfreiheit@gmail.com

IMPRESSUM

Hrsg. Afrique-Europe-Interact (AEI)

Bestellung Wir schicken auf Anfrage gern Exemplare dieser Zeitung zu

V.I.S.D.P. Volker Mörchen, Hardenbergstr. 52/54, 28201 Bremen

Förderung Die Arbeit von AEI bzw. diese Zeitung wird unterstützt von:



SPENDEN & SOLIDARITÄT

Afrique-Europe-Interact ist für seine ausschließlich ehrenamtliche Arbeit auf regelmäßige Spenden angewiesen – ob als monatlicher Dauerauftrag oder einmalige Unterstützung! Dabei können Spenden konkreten Projekten zugedacht werden (ggf. bitte angeben) oder 'ungebunden' unsere gesamte Arbeit unterstützen. Praktischer sind für uns ungebundene Spenden, einfach deshalb, weil sie uns mehr Flexibilität geben, auf unerwartete Finanzbedarfe zu reagieren. Konkret sammeln wir derzeit für folgende Aktivitäten Geld: **Erstens** für unsere Aktivitäten gegen Landgrabbing und innerstädtische Vertreibungen in Mali und Burkina Faso; **zweitens** für das Alarmphone Sahara und andere Aktivitäten im Bereich Migration; **drittens** für die Unterstützung der AEI-Vereinslokale in Mali; **viertens** für das Rasthaus in Rabat; **fünftens** für das ökologische Künstler_innendorf in Guinea; **sechstens** für Projekte im Bereich selbstbestimmter Entwicklung; **siebentens** für medizinische Hilfe bei den Massenprotesten in Togo; **achtens** für unsere Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit in Europa.

Spenden sind steuerlich absetzbar! (bitte Adresse mitteilen)

Unsere Kontoverbindung (alternativ: online per Lastschriftinzug)

Name Globale Gerechtigkeit e.V.

Kontonummer 2 032 237 300

Bank GLS Gemeinschaftsbank

BLZ 430 609 67

IBAN DE67 4306 0967 2032 2373 00

BIC GENODEM1GLS